Bekanntmachungen von Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

Kreisschreiben

des

eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements an die
Kantonsregierungen betreffend Arbeitslosenfürsorge.

(Vom 7. Dezember 1923.)

Herr Präsident!

Herren Regierungsräte!

Arbeitslosenunterstützung.

In letzter Zeit sind wiederholt Eingaben an den Bundesrat gerichtet worden mit dem Begehren um uneingeschränkte Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützungen. Der Bundesrat hat diesem Begehren gegenüber folgende Haltung eingenommen:

Der Bundesratsbeschluss vom 18. Mai 1923 über den Abbau der Arbeitslosenfürsorge ist von den eidgenössischen Räten mit grosser Mehrheit genehmigt worden. Die Bundesversammlung hat damit die Auffassung kundgegeben, dass eine Einschränkung der nach dem bisherigen System ausgerichteten Unterstützungen zur Notwendigkeit geworden ist, nicht nur wegen des Rückgangs der Arbeitslosenkrise, sondern auch in Anbetracht der gewaltigen Lasten, welche die Arbeitslosenfürsorge dem Land auferlegt hat und die auf die Länge nicht mehr ertragen werden können. Der gleiche Wille zum Abbau herrscht übrigens auch in den Kantonen, auf die der Bund Rücksicht nehmen muss. Nach Art. 2 des Bundesratsbeschlusses vom 18. Mai 1923 sind die Kantone befugt, im Abbau der Arbeitslosenfürsorge weiter zu gehen als der Bund. Würde dieser die Arbeitslosenunterstützung wieder allgemein einführen, könnten die Kantone einen solchen Erlass wieder aufheben. Dies muss aus begreiflichen Gründen vermieden werden. Der Bundesrat kann daher seinen Beschluss vom 29. Oktober 1919 nicht wieder allgemein in Kraft setzen. Sollte es aber eine Kantonsregierung für unerlässlich erachten, in einem gewissen Umfang und vorübergehend (während des Winters) Arbeitslosenunterstützungen in einem weitem Umfange auszurichten, als es die Bundesvorschriften zurzeit gestatten, so hat sie ein entsprechendes

Begehren zu stellen, über das der Bundesrat nach Prüfung der Verhältnisse in jedem einzelnen Fall entscheiden wird.

Wir beehren uns, Ihnen diese Stellungnahme des Bundesrates zur Kenntnis zu bringen.

Notstandsarbeiten.

In unserm Kreisschreiben vom 18. Mai 1923 haben wir darauf hingewiesen, dass es sich mit Rücksicht auf die im Winter zu erwartende Verschärfung der Arbeitslosigkeit empfiehlt, die Ausführung von Notstandsarbeiten auf diesen Zeitpunkt in Aussicht zu nehmen. Bereits sind denn auch den Kantonen zu diesem Zweck aus den vorhandenen Restkrediten bestimmte Summen zugeteilt worden. Da neue Mittel nicht in Aussicht stehen, muss mit diesen Geldern sehr sparsam gehaushaltet werden; entsprechend unserer Weisung vom 2. Mai 1923 sind Bundesbeiträge im Sinn des Bundesratsbeschlusses vom 14. November 1922 nur noch dort zu gewähren, wo durch die Ausführung der Arbeit beschäftigungslosen Leuten Arbeits- und Verdienstgelegenheit geboten werden kann; es darf also nicht jede Bauarbeit schlechthin subventioniert werden.

Im Interesse einer zweckmässigen Verwendung der noch verfügbaren Kredite wäre es sehr erwünscht, so bald als möglich Klarheit darüber zu haben, was die Kantone und Gemeinden, die mit vermehrter Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, zu deren Bekämpfung vorzukehren gedenken. Wir ersuchen daher die Kantone, die es noch nicht getan haben, dem eidgenössischen Arbeitsamt bis Ende dieses Jahres ihr Programm der Notstandsarbeiten bekanntzugeben, das sie während der kommenden Wintermonate nach Massgabe ihres Kreditkontingentes durchzuführen beabsichtigen. Dabei sollen nur baureife Arbeiten berücksichtigt werden, d. h. Arbeiten, mit deren Ausführung in den nächsten Monaten, spätestens aber im Frühjahr 1924, begonnen werden kann. Auch empfiehlt es sich, bei der Bemessung und Zuweisung von Beiträgen so viel als möglich die in Art. 2, Absatz 3, des Bundesratsbeschlusses vom 14. November 1922 vorgesehenen Lohnzuschläge zur Anwendung zu bringen.

Leisten die Kantone selbst zur Förderung solcher Arbeiten keine Beiträge mehr, besteht auch für den Bund keine Möglichkeit, etwas zu tun, da die Voraussetzungen für seine Mithilfe in diesem Fall nicht gegeben sind.

Zum Schlusse machen wir Sie noch darauf aufmerksam, dass sich die Bundesbehörden vorbehalten müssen, im nächsten Frühjahr über die bis dahin nicht verwendeten Kredite neu zu entscheiden. Auf die Beträge, welche von den Kantonen bis dahin nicht im Sinne der Bundesvorschriften verwendet wurden, können sie daher nicht mehr mit Sicherheit rechnen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, Herren Regierungsräte, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, den 7. Dezember 1923.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement:
Schulthess.

Vollzug des Fabrikgesetzes.

Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, gestützt auf Art. 41 des Fabrikgesetzes vom 18. Juni 1914/27. Juni 1919, sowie auf Art. 136 und 137 der Vollzugsverordnung vom 3. Oktober 1919/7. September 1923,

verfügt:

I. Die Bewilligung der abgeänderten Normalarbeitswoche von 52 Stunden (Art. 41 des Fabrikgesetzes) wird für die Zeit bis 30. Juni 1924 erneuert:

1. für die Schifflimaschinenstickerei;
2. für die Handmaschinenstickerei;
3. für die Kettenstichstickerei;
4. für die Lorrainestickerei;
5. für die Nachstickerei, Scherlerei, Ausschneiderei und Näherei von Stickereiwaren;
6. für die Sengerei, Bleicherei, Färberei und Appretur von Stickereiwaren;
7. für die Sengerei, Bleicherei, Färberei und Appretur von Baumwoll-Stückwaren;
8. für die Baumwollzwirnerie;
9. für die Leinenspinnerei und -weberei, Seilerei, Bindfadefabrikation und Gurtenweberei.

II. Die Fabrikhaber, welche die vorstehenden Bewilligungen in Anspruch nehmen, müssen den Stundenplan für die abgeänderte Normalarbeitswoche in der Fabrik durch Anschlag bekanntgeben und der Ortsbehörde für sich und zuhanden ihrer Oberbehörde einsenden (Art. 44 des Gesetzes).

III. Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1924 in Kraft.

Bern, den 5. Dezember 1923.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement:
Schulthess.

Abonnementseinladung.

Der Abonnementspreis für das Bundesblatt beträgt 20 Fr. im Jahr und 10 Fr. im Halbjahr, die portofreie Zusendung im ganzen Umfange der Schweiz inbegriffen.

Das Bundesblatt enthält: zur Veröffentlichung sich eignende Verhandlungen des Bundesrates; Botschaften und Berichte des Bundesrates an die Bundesversammlung, samt Beschluss- und Gesetzesentwürfen; Kreisschreiben des Bundesrates; Bekanntmachungen der Departemente und anderer Verwaltungsstellen des Bundes, u. a. die monatlichen Übersichten der Zolleinnahmen und des Ertrages der eidgenössischen Stempelabgaben, Mitteilungen betreffend die Verpfändung von Eisenbahnen, Zusammenstellung der Auswanderung von Schweizern nach überseeischen Ländern, Ausschreibungen von Stellen, Wettbewerbausschreibungen, Bekanntmachungen eidgenössischer und kantonaler, sowie ausländischer Behörden.

Dem Bundesblatte werden beigegeben: die erscheinenden Nummern der Eidgenössischen Gesetzsammlung (Bundesgesetze, Bundesbeschlüsse, Verordnungen, Verträge mit dem Ausland usw.), die Übersicht der Verhandlungen der gesetzgebenden Räte und die Übersicht der Bundesbeiträge an schweizerische Hilfsgesellschaften im Auslande.

Bestellungen auf das Bundesblatt oder auf die Gesetzsammlung allein können für ein ganzes oder für ein halbes Jahr, vom Januar an gerechnet, direkt bei der Druckerei oder bei allen schweizerischen Postämtern gemacht werden. Die bisherigen Abonnenten, welche Nr. 1 des neuen Jahrganges nicht zurücksenden, werden auch für 1924 als Abonnenten betrachtet.

Der Abonnementspreis für die Gesetzsammlung allein beträgt 5 Fr. im Jahr und 2 Fr. 50 im Halbjahr.

Ganze Jahrgänge, sowie abgeschlossene Bände des Bundesblattes und der Gesetzsammlung können, solange Vorrat, von der Drucksachenverwaltung der Bundeskanzlei bezogen werden.

Allfällige Klagen über die Versendung des Bundesblattes müssen sofort in erster Linie bei den betreffenden Postbureaux, in zweiter Linie bei der Buchdruckerei Stämpfli & Cie. in Bern und nur ausnahmsweise bei der Drucksachenverwaltung der Bundeskanzlei angebracht werden.

Bern, im November 1923.

Bundeskanzlei.

Einnahmen der Zollverwaltung in den Jahren 1922 und 1923.

Monate	1922	1923	1923	
			Mehreinnahme	Mindereinnahme
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Januar . . .	12,311,762. 90	12,626,491. 74	314,728. 84	—
Februar . . .	11,327,249. 36	13,320,591. 28	1,993,341. 92	—
März . . .	14,822,253. 13	15,835,213. 95	1,012,960. 82	—
April . . .	12,053,936. 31	15,413,368. 44	3,359,432. 13	—
Mai . . .	12,046,790. 55	18,376,240. 02	6,329,449. 47	—
Juni . . .	13,418,403. 19	16,049,985. 91	2,631,582. 72	—
Juli . . .	12,703,705. 86	12,799,875. 22	96,169. 36	—
August . . .	12,531,206. 39	12,761,247. 59	230,041. 20	—
September . . .	12,093,743. 51	13,596,135. 62	1,502,392. 11	—
Oktober . . .	14,165,330. 35	18,478,437. 79	4,313,107. 44	—
November . . .	13,620,012. 46	17,498,456. 87	3,878,444. 41	—
Dezember . . .	22,585,431. 64			
Total	163,679,825. 65			
Auf Ende Nov.	141,094,394. 01	166,756,044. 43	25,661,650. 42	—

Pferdelieferung für die Militärschulen und -kurse im Jahre 1924.

Diejenigen Pferdelieferanten und Besitzer von Artillerie-Bundespferden, welche Pferde für vorkommende Verwendung im Militärdienst im Jahre 1924 zur Verfügung zu stellen gedenken, haben sich bis zum **31. Dezember 1923** beim Pferdelieferungs-offizier des betreffenden Stellungskreises schriftlich anzumelden, nämlich:

- in der **Ostschweiz**: bei Herrn Kavallerieoberstlieutenant G. von Salis, in Jenins bei Maienfeld.
- in der **Zentralschweiz**: bei der eidgenössischen Pferderegie-anstalt in Thun.
- in der **Westschweiz**: bei Herrn Artillerieoberst Yersin, in Gland bei Nyon.

Thun, Dezember 1923.

(2.).

Zentralleitung der schweizerischen Pferdelieferung.

Verpfändungsgesuch einer Eisenbahngesellschaft.

Der Verwaltungsrat der **Berner Oberland-Bahnen A.-G.** stellt das Gesuch, es möchte ihm bewilligt werden:

1. die Eisenbahnlinien Interlaken Ost-Zweilütschinen, Zweilütschinen-Lauterbrunnen und Zweilütschinen-Grindelwald, zusammen in einer baulichen Länge von 23,647 km, samt Zugehör und Betriebsmaterial;
2. die Schynige Platte-Bahn (Zahnradbahn) von der Station Gsteig-Wilderswil der Berner Oberland-Bahnen auf die Schynige Platte, in einer Baulänge von 7,2 km, samt Zugehör und Betriebsmaterial,

im Sinne von Art. 9 des Bundesgesetzes vom 25. September 1917 über Verpfändung und Zwangsliquidation von Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen zu verpfänden, und zwar:

- a. im **II. Rang** zur Sicherstellung eines ihm eröffneten Kredites von **Fr. 250,000**, der zur Rückzahlung von Betriebsvorschüssen (Hilfeleistung) des Bundes und des Kantons Bern und zur Deckung von Bauausgaben verwendet werden soll.

Auf den obgenannten Linien haftet ein Vorzugspfandreht im Sinne von Art. 8 des Bundesbeschlusses über Hilfeleistung an notleidende Transportunternehmungen vom 18. Dezember 1918 für eine Summe von Fr. 275,932. 65.

Ausserdem sind die unter Ziffer 1 erwähnten Linien im I. Range zugunsten eines Anleihe von restanzlich Fr. 1,090,000 verpfändet. Gemäss Beschluss der Gläubigergemeinschaft dieses Anleihe, vom 14. Juni 1923, genehmigt durch Entscheid der II. Zivilabteilung des Bundesgerichtes vom 11. Juli 1923, soll dem neuen Kredit von Fr. 250,000 der Vorrang im Pfandreht eingeräumt werden.

- b. im **IV. Rang** zur Sicherstellung:

- I. eines bis dahin nicht pfandversicherten Anleihe von **Fr. 1,250,000** von 1910;
- II. eines ebenfalls nicht pfandversicherten Anleihe von **Fr. 1,000,000** von 1914;
- III. eines Bankvorschusses von **Fr. 900,000**;
- IV. einer Kaufrestanz von **Fr. 87,000** für Anschaffung von Betriebsmaterial;
- V. einer Subventionsrückforderung des Kantons Bern von **Fr. 37,500** betreffend die rechtsufrige Brienerseebahn.

Gesetzlicher Vorschrift gemäss wird dieses Begehren hiermit bekanntgemacht unter Ansetzung einer mit dem 31. Dezember 1923 ablaufenden Frist, binnen der allfällige Einsprachen gegen die beabsichtigte Verpfändung dem eidgenössischen Eisenbahndepartement in Bern schriftlich einzureichen sind.

Bern, den 5. Dezember 1923.

Der Sekretär
des eidgenössischen Eisenbahndepartements:

Dr. O. Leimgruber.

Auslosung von Obligationen der 3 % eidgenössischen Anleihe von 1903.

Die Auslosung der per 15. April 1924 zur Rückzahlung gelangenden Obligationen der 3 % eidgenössischen Anleihe von 1903 wird **Dienstag, den 15. Januar 1924, 10 Uhr vormittags, im Zimmer Nr. 10, Bundeshaus Westbau, stattfinden.**

Bern, den 7. Dezember 1923.

Eidgenössisches Finanzdepartement,
Kassen- und Rechnungswesen.

Wettbewerb- und Stellenausschreibungen, sowie Anzeigen.

Ausschreibung von Bauarbeiten.

Über die Erd-, Maurer-, Kunststein-, Granit- und Zimmerarbeiten für den **Aufbau des Verwaltungsgebäudes auf dem Flugplatz in Dübendorf** wird Konkurrenz eröffnet. Pläne, Bedingungen und Angebotformulare sind bei der eidg. Bauinspektion in Zürich (Clausiusstrasse 37) aufgelegt.

Übernahmofferten sind verschlossen unter der Aufschrift „Angebot Verwaltungsgebäude Dübendorf“ bis und mit dem **17. Dezember** nächsthin franko einzureichen an die

Direktion der eidg. Banten.

Bern, den 3. Dezember 1923.

(2.)

Bekanntmachungen von Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1923
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	51
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.12.1923
Date	
Data	
Seite	395-401
Page	
Pagina	
Ref. No	10 028 910

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.